

II- 350 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2

Tel. (0222) 66 15/0

Fernschreib-Nr. 1370-900

DVR: 0000019

Zl. 353.260/8-III/4/87

38 /AB

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Mag. Leopold GRATZ

1987 -04- 07

Parlament  
1017 W i e n

zu 27 /J

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

6. April 1987

Die Abgeordneten zum Nationalrat Blau-Meissner, Buchner, Fux, Mag. Geyer, Dr. Pilz, Smolle, Srb und Wabl haben am 9. Feber 1987 unter der Nr. 27/J an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz eine schriftliche parlametarische Anfrage betreffend chlororganische Verbindungen in der Muttermilch gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Untersuchungen über Perchloräthylen, Trichloräthylen, Chlorbenzole, Chlorphenole, polychlorierte Biphenyle, polyhalogenierte Dibenzodioxine und Dibenzofurane in Muttermilch von österreichischen Müttern wurden bisher gemacht?
2. Wenn derartige Untersuchungen noch ausstehen, werden Sie diese dann umgehend veranlassen?
3. Werden Sie die Ergebnisse dieser Untersuchungen dem Hohen Haus und auch der Öffentlichkeit vorlegen?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Hinsichtlich Hexachlorcyclobenzol (HCB) liegen Untersuchungsergebnisse vor, die in der Druckschrift "Beiträge" (Forschungsberichte des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz), Heft 4/79, veröffentlicht wurden. Der ermit-

- 2 -

telte HCB - Gehalt in Muttermilch betrug bei voneinander unabhängigen Untersuchern im Mittel 1,74 mg/kg (Gyimothy), 1,24 mg/kg (Pesendorfer) und 1,24 mg/kg (Woidich), bezogen jeweils auf den Fettgehalt. Zum Vergleich dazu die Untersuchungsergebnisse auf HCB in Muttermilch aus der BRD: 1,68 mg/kg in Münster und 0,9 mg/kg in Berlin, gleichfalls bezogen auf den Fettgehalt. Eine weitere Studie aus der BRD betraf Frauen aus Österreich und ergab einen Mittelwert von 1,57 mg/kg, bezogen auf den Fettgehalt der Muttermilch. Seither wurden in Österreich immer wieder Einzeluntersuchungen mit ähnlichen Ergebnissen durchgeführt, die aber nicht publiziert wurden.

Über die Belastung von Muttermilch mit polychlorierten Biphenylen liegen Daten aus einer 1973/74 durchgeföhrten und 1975 publizierten Studie vor (Pesendorfer/Wiener Klinische Wochenschrift). Untersucht wurden Muttermilchproben aus Wien und Niederösterreich. Der Gehalt an polychlorierten Biphenylen (PCB) lag, bezogen auf die Gesamtmilch, im Durchschnitt bei 0,060 mg/kg für Wien und 0,038 mg/kg für die Proben aus Niederösterreich. Bezogen auf das Milchfett betrug der durchschnittliche PCB-Gehalt 1,54 mg/kg bzw. 1,29 mg/kg. Eine Zusammenstellung der Weltgesundheitsorganisation über alle bis 1987 verfügbaren Daten zeigte, daß die österreichischen Werte damit im weltweiten Durchschnitt liegen.

Bezüglich Perchloräthylen, Trichloräthylen und Chlorphenolen gibt es weder in Österreich noch in der BRD Untersuchungen. Diese Stoffe werden größtenteils in der Leber metabolisiert und sind daher im Fettgewebe nicht nachweisbar.

Zur Belastung von Muttermilch mit polychlorierten Dibenzofuranen und polychlorierten Dibenzodioxinen stellte eine von der Weltgesundheitsorganisation 1986 einberufene Arbeitsgruppe fest, daß dazu derzeit keine ausreichenden Daten vorhanden sind. Deshalb wurde eine internationale Studie begonnen, um die Rückstandssituation von polychlorierten Biphenylen, Dibenzofuranen und Dibenzodioxinen im europäischen Raum zu erheben.

Österreich hat sich an dieser Studie beteiligt. Mit der Sammlung der Milchproben wurde im September 1986 begonnen. Die Ergebnisse der Studie und damit auch die Werte für die österreichischen Muttermilchproben werden voraussichtlich Ende 1987 oder Anfang 1988 vorliegen.

- 3 -

Eine weitere Überprüfung der gegenwärtigen Situation bei Muttermilch ist im Rahmen der Schwerpunktsaktionen für dieses Jahr bereits vorgesehen.

Zu Frage 3:

Wie bereits erwähnt, wurden alle Ergebnisse von Forschungsaufträgen in der Druckschrift "Beiträge" (Forschungsberichte des Bundesministeriums für Gesundheit und Umweltschutz) publiziert und sind somit jedermann zugänglich.

Bei den erwähnten Schwerpunktsaktionen handelt es sich nicht um Forschungsaufträge, sondern um gezielte Marktkontrollen im Rahmen der Lebensmittelaufsicht, die grundsätzlich nicht zur Veröffentlichung bestimmt sind. Ich bin aber gerne bereit, dem Hohen Haus über Wunsch die Ergebnisse der Überprüfung bekanntzugeben.

Fraut (JL)